

Kommunalwahlprogramm

Wir Freien Demokraten in der Samtgemeinde Wathlingen sind seit Jahren fester Bestandteil der Kommunalpolitik vor Ort. Unsere Mitglieder sind in allen Räten vertreten und setzen sich für liberale Politik vor Ort ein. So stellen wir zum Beispiel seit über 15 Jahren die stellvertretende Bürgermeisterin in der Gemeinde Wathlingen. In den vergangenen Jahren haben wir bereits viel bewirkt, wie etwa für solide Dorfgestaltung oder für Transparenz und Rechtstaatlichkeit beim Thema Kalibergabdeckung zu sorgen. Damit unsere Gemeinden aber auch für die Zukunft gerüstet sind, haben wir uns das folgende Programm gegeben:

Innovation und Infrastruktur vor Ort

Um als Gemeinden im ländlichen Raum zu bestehen, müssen wir mit den Lebensstandards der Stadt konkurrieren können. Nur so ist es uns als Gemeinde möglich, eine Abwanderung zu verhindern und sogar Neubürger zu gewinnen. Denn viele Dinge des alltäglichen Lebens, wie Supermärkte, Ärzte oder Schwimmbäder, sind erst möglich, wenn eine Gemeinde groß genug ist und bleibt.

Um das zu erreichen, müssen wir mit einer Infrastruktur auftreten, die mithalten kann.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Erhalt der Feuerwehren an vier Standorten und der Schwimmbäder.
- Weiterhin den Ausbau von Infrastruktur vorantreiben.
- Bau von Aufladestationen zur Förderung der E-Mobilität.
- Ausbau des Glasfasernetzes in Wathlingen.
- Radweg von Wathlingen nach Hänigsen.

Aufstellung von Bebauungsplänen

Nicht in allen Bereichen der Samtgemeinde gibt es einen Bebauungsplan, der regelt, wie hoch die Geschosszahl eines Baus sein darf oder wie viel Fläche eines Grundstücks unbebaut bleiben muss. In Bereichen, in denen kein Bebauungsplan existiert, ist der Landkreis deutlich freier in der Erteilung einer Baugenehmigung. Und orientiert sich dabei lediglich am Bild der umliegenden Bebauung. Dies führt, besonders im Bereich der Gemeinde Nienhagen, immer wieder zu stark „auffälligen“ Neubauten und damit auch zur Beeinträchtigung der Wohnqualität benachbarter Grundstücke. Aus diesem Grund setzt sich die FDP in der Samtgemeinde dafür ein, durch die flächendeckende Aufstellung von Bebauungsplänen eine gerechte und für alle Eigentümer verträgliche Regelung zu schaffen.

Infrastrukturhaltung in den Dörfern

Im Vergleich zu anderen ländlichen Räumen in Deutschland verfügt die Samtgemeinde Wathlingen bereits über eine umfangreiche Infrastruktur. Unabhängig von bestehendem Verbesserungspotential ergibt sich daraus die Aufgabe, diese Infrastruktur auch zu erhalten. Angesichts der desaströsen finanziellen Lage insbesondere der Gemeinden Nienhagen und Wathlingen wird der Erhalt der vorhandenen Infrastruktur die Gemeinden vor eine große Herausforderung stellen. Aus diesem Grund muss in der kommenden Legislaturperiode besonders ein Fokus darauf gelegt werden, wie es möglich sein wird,

mit den zur Verfügung stehenden Mitteln neben der Erschaffung neuer Infrastruktur besonders die bestehende in einem guten Zustand zu erhalten.

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Die FDP in der Samtgemeinde Wathlingen setzt sich für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein. Zur Realität gehört aber auch, dass dies aufgrund der aktuell geltenden gesetzlichen Regelungen und der finanziellen Lage in den Gemeinden Wathlingen und Nienhagen auf absehbare Zeit nicht möglich ist und direkte Forderungen in diesen Gemeinden unseriös sind. Dafür, dass es neben Adelheidsdorf auch in allen Gemeinden möglich ist, bedarf es einer Änderung der Gesetze auf mindestens Landesebene.

Digitalisierung zur Personalkostenreduzierung

Die Personalausgaben der Kommunen sind in den letzten Jahren exorbitant gestiegen. Dies liegt nicht nur an den entsprechenden Tarifsteigerungen, sondern auch an der zunehmenden Anzahl kommunaler Bediensteter. Da aufgrund der aktuellen bundes- und landespolitischen Situation nicht mit einem deutlichen Abbau an Regularien und Verwaltungsakten zu rechnen ist, müssen wir es an dieser Stelle schaffen, durch Digitalisierung und moderne Optionen sämtlicher Formen des maschinellen Lernens den Personalaufwand für die Umsetzung bestehender Vorschriften zu verringern.

Solide Finanzen. Starke Kommune.

Das Thema der finanziellen Aufstellung der Kommunen hat sich insbesondere in den letzten fünf Jahren zu einem zentralen Thema entwickelt. Dabei kommt dies nicht überraschend oder ist maßgeblich durch äußere Umstände wie beispielsweise hohe Energiepreise gegeben, sondern entstammt internen Problemen, die fast alle Kommunen betreffen. Dies muss auch der Landesregierung bewusst sein, so war es durch Erlasse der Landesregierung in den letzten Jahren noch als Taschenspielertrick möglich, Verluste der letzten Jahre auf einen weiten Zeitraum (30 Jahre) aufzuteilen und gegen Kassenbestände zu berechnen. (Einfach formuliert: Eine Gemeinde startet mit 1 Mio. € Guthaben ins Jahr, macht aber 3 Mio. € Verluste. Durch den Rechentrick hat die Gemeinde am Ende des Jahres aber noch Geld auf dem Konto.) Dies entband die Gemeinden zwar von der Notwendigkeit der Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes und verbesserte die Darstellung der Verschuldung in den Finanzen, tatsächlich lief jedoch bereits eine hohe Neuverschuldung auf. Maßgeblich für diesen Punkt ist die aktuelle Regelung der Finanzierung der beitragsfreien KiTa ab dem dritten Lebensjahr. Im Widerspruch zum Konnexitätsprinzip hat die damalige Landesregierung die Aufteilung der Kosten zwischen Land und Kommune beschlossen und, was für die Gemeinden viel wesentlicher ist, ihren Kostenanteil über die Jahre unverändert gelassen. Dies führt dazu, dass beispielsweise die Gemeinde Wathlingen mit dem vorgeschriebenen Betrieb der Kindertagesstätten, nach Verrechnung der Bezuschussung, einen jährlichen Verlust von 2,7 Mio. € macht. Die Steuereinnahmen der Gemeinde belaufen sich nach Abzug der Zahlungen an die Samtgemeinde und den Kreis auf 1,8 Mio. €. Bereits hier wird deutlich ersichtlich, dass es den Gemeinden unmöglich sein wird, eigenständig aus dieser Lage herauszukommen.

Ein zentrales Problem dieser Regelung ist dabei, dass die Belastung durch die Kinderbetreuung auf kommunaler Ebene nicht gleichmäßig verteilt ist. So gibt es Gemeinden, die überdurchschnittlich viele Kinder zu betreuen haben, die jedoch nach der Ausbildung wegziehen und woanders arbeiten und steuerpflichtig sind. Die homogenisierende Wirkung, die aus dem Grundansatz „Kinder werden gefördert, um später zum Wohlstand beizutragen“ folgt, stellt sich somit frühestens auf Landesebene ein. Aus diesem Grund muss die Finanzierung wieder an das Land übergehen. Nach dem alten Prinzip: Wer bestellt, zahlt die Musik! Diese Forderung ist übrigens auch in Programmen von Parteien zu finden, die selbst seit Jahren in der Landesregierung sitzen.

Angemessene Samtgemeinde- und Kreisumlage

Sowohl die Samtgemeinde als auch der Landkreis sind als Institutionen nicht berechtigt, Steuern zu erheben. Ihre Finanzierung läuft darüber, dass die Gemeinden, die die Steuern erheben, eine Umlage an den Kreis und an die Samtgemeinde zahlen müssen. Im Gegenzug dazu hat die Samtgemeinde beispielsweise bestimmte Aufgaben der Gemeinden übernommen. Dabei sind die Höhen der Umlagen teilweise größer als die Steuereinnahmen, die den Einzelgemeinden am Ende bleiben. Auch wenn dieses Vorgehen im Allgemeinen Aufgaben bündelt und Effizienzen steigert, besteht die Gefahr, dass der Anreiz zum verantwortungsvollen Haushalten auf diesen Ebenen geringer ausfällt als auf der untersten Gemeindeebene. Der Grund ist, dass die Umlage erhöht werden kann, ohne direkt eine Steuererhöhung beschließen zu müssen und sich damit unmittelbar der Kritik der Bürger stellen zu müssen. Dies ist den Gemeinden überlassen. Aus diesem Grund setzen wir uns als FDP auf Kreis- und Samtgemeinde-Ebene dafür ein, dass die Umlagen stabil gehalten werden.

Das gesellschaftliche und soziale Leben vor Ort

Unsere Gemeinden zeichnen das gesellschaftliche und soziale Leben vor Ort in Vereinen und Verbänden aus. Dies ist etwas, was es zu schützen und zu stärken gilt.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Gezielte Förderung von Sport- und Kulturangeboten.
- Förderung und Unterstützung von Vereinen und Verbänden in den Gemeinden.
- Unsere Gemeinden für die junge Leute und junge Familien ansprechend gestalten sowie als attraktive Dörfer mit Vereinen, Ärzten und Kinderbetreuung.
- Erhalt der Schwimmbäder.
- Stärkung des Zusammenhaltes durch weiteren Ausbau von Bildung sowie sozialen und kulturellen Einrichtungen.
- Konsequente Maßnahmenumsetzung zur bedarfsorientierten Sicherung von „Problemgebieten“, vor allem in der Wathlinger Bahntrasse.

Agrarwirtschaft und Umweltschutz sinnvoll entwickeln

Umweltschutz ist nicht nur mit prestigeträchtigen Projekten zu realisieren, sondern beginnt im Kleinen. Auch hier müssen und können wir in unseren Gemeinden ansetzen. Lösen wir uns von der Vorstellung, dass Umweltschutz und Agrarwirtschaft konkurrierende Gebiete sind, und begegnen wir der Landwirtschaft mit dem ihr gebührenden Respekt und Beachtung.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Renaturierung von Fließgewässern und Verbesserung der Grundwassersituation in Qualität und Quantität.
- Die komplette Beseitigung aller Umweltschäden der Kalihalde.
- Dorfverträgliche Umsetzung aller im Rahmen der Kalibergabdeckung oktroyierten Maßnahmen.
- Erhalt der Entwässerungsgräber zur Sicherung des Winteranbaus im Hinblick auf Staunässe.

Der Kaliberg in Wathlingen

Seit dem Zeitpunkt, an dem K+S die Eingrünung des Kaliberges im Jahr 2015 bekannt gegeben hat, beschäftigt sich die FDP SG Wathlingen mit dieser Angelegenheit. Die vielen Transporte, die durch die Dörfer gehen sollen, und die damit einhergehende Belastung von Bürgern und Infrastruktur beschäftigen uns gleichermaßen wie die bis heute ungeklärte Versalzung des Grundwassers, der zu erwartende Lärm aus der Brechanlage, die Undichtigkeit der Abdeckung und einiges mehr.

Die Menschen der Samtgemeinde haben einen Anspruch auf Schutz, der jedes Risiko ausschließt. Somit muss dieser Vorgang, für den es vorläufig keine Genehmigung durch das Bergamt oder die Landesregierung gibt, äußerst kritisch gesehen werden. Diese zukunftsweisende und sehr ernst zu nehmende Angelegenheit gehört unbedingt in das Nachhaltigkeits-Programm „Wathlinger Weg“. Der Ortverband der FDP wird sich hier auch weiter engagieren.

Die Gemeinde als Keimzelle der Demokratie

Ein gesunder Staat ist von unten nach oben aufgebaut. Dabei bietet die Gemeinde den besten Rahmen zur Verwirklichung einer bürgernahen Demokratie. In ihr können, im Gegensatz zu Bund und Ländern, weiteste Bevölkerungskreise direkt Mitverantwortung tragen und im überschaubaren und kontrollierbaren Bereich der Gemeinde aktiv an der Gestaltung des Gemeinschaftslebens teilnehmen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Angemessene Samtgemeinde- und Kreisumlage.
- Transparenz und Mitwirken auf kommunaler Ebene.
- Vorausschauende Bewirtschaftung gemeindeeigener Bodenflächen.
- Beachtung lokaler Unternehmen bei Ausschreibungen durch geeignete Kriterienwahl.
- Erhalt der Eigenverantwortlichkeiten der Einzelgemeinden.

Liberalismus als Grundeinstellung

Viele Fragestellungen und Entscheidungen der kommenden Jahre kann man nicht vorhersehen. Bei allen Entscheidungen liegen uns aber der Grundgedanke einer freien, liberalen Gesellschaft und der Glaube an die Kompetenz zur Eigenverantwortung des Einzelnen zugrunde. In kurzen Sätzen heißt das:

Selbstbestimmt in allen Lebenslagen

Machen zu können, was man will, solange es keinen anderen einschränkt. Dieser Gedanke ist der Grundstein des Liberalismus. Aber diese erkämpfte Freiheit wird schleichend immer wieder eingeschränkt. Wir glauben aber: Jeder Mensch kann selbst entscheiden, was ihm hilft. Das Beste für alle ist nicht das Gleiche für jeden.

Politik, die rechnen kann

Ohne Geld geht im Leben nichts. Und das gilt auch in der Politik. Aber auch Geld ist eine Ressource, mit der man sorgfältig umgehen muss. Und alle Schulden, die wir heute machen, muss die nachfolgende Generation, direkt oder indirekt, zurückzahlen. So müssen wir uns bei jeder schuldenfinanzierten Investition fragen: Ist es eine Investition oder nur ein Ratenkauf? Und dieses belastende Erbe kann keiner ausschlagen. Seien wir fair und haushalten wir überlegt.

Vorankommen durch eigene Leistung

Dies ist ein grundlegendes Fairnessprinzip. Wer arbeitet und etwas schafft, muss auch etwas vom Ergebnis haben. Sorgen wir dafür, dass wir dieses gesellschaftliche Aufstiegsversprechen wieder erneuern, und zeigen wir, dass sich Leistung lohnt und nicht nur der Neid regiert.

Nachhaltigkeit und Innovation

Begegnen wir dem Klimawandel nicht mit Angst und kognitiver Lähmung, sondern mit dem Willen, durch Innovation und Entwicklung immer besser und effizienter zu werden. Nur so können wir auch der Welt zeigen, dass Klimaschutz nichts ist, was man sich leisten können muss, sondern etwas, was wirklich Fortschritt bringt.

Erneuerung des gesellschaftlichen Aufstiegsversprechens

Jedem Menschen muss es möglich sein, sich durch Bildung und eigene Leistung wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg zu erarbeiten. Dies schaffen wir nur mit der weltbesten Bildung für alle und der Möglichkeit, sich eigenständig entwickeln zu können.

DIE MITTE WÄHLT FDP.

**MITMACHEN UND WÄHLEN
KOMMUNALWAHL AM 13. SEPTEMBER 2026**

Mehr Informationen und unsere Kandidatenvorstellung auf fdp-wathlingen.de oder auf Facebook und Instagram

Verantwortlich: FDP Ortsverband Samtgemeinde Wathlingen, Paul Thunich, Heinz-Homann-Ring 33a, 29339 Wathlingen, mail@fdp-wathlingen.de